

## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** SOA/07/2007  
**Gremium:** Sozialausschuss  
**Tag:** Dienstag, 30.10.2007  
**Ort:** Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201  
**Beginn:** 16:00 Uhr

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Bericht aus dem Behindertenbeirat
4. Bericht aus dem Seniorenbeirat
5. Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände und andere  
Hier: Jahresberichte 2006 –  
**Vorstellung Bericht der AWO über die Haftentlassenenhilfe**
6. Programm zur Sanierung der städtischen Gebäude  
hier: Maßnahmen in den Jahren 2008 bis 2011  
Vorlage: 0614/2007
7. Barrierefreiheit öffentlicher Toilettenanlagen  
Vorlage: 0895/2007
8. Seniorenwirtschaft - EU-Mittel  
Vorlage: 0829/2007
9. Erfahrungsbericht zur bedarfsgerechten Bereitstellung flankierender sozialer Dienstleistungen im Rahmen des SGB II durch die kommunale Drogenhilfe  
Vorlage: 0972/2007



10. Finanzielle Förderung der Schwangerschaftsberatungs- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen in Hagen  
Vorlage: 0462/2007
11. Anfrage der CDU-Fraktion gem. § 10 Abs. 1 der GeschO des Rates  
Hier: Immobilie Voerder Str. 33
12. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung



## B. SITZUNGSVERLAUF

---

### I. Öffentlicher Teil

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

#### 1. Feststellung der Tagesordnung

Frau Machatschek erklärt, dass der TOP 10 – Finanzielle Förderung der Schwangerschaftsberatungs- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen in Hagen – entfällt, da zu dieser Thematik keine neuen Erkenntnisse vorlägen.

#### 2. Mitteilungen

Herr Dr. Schmidt berichtet, dass die Landesregierung verschiedene Anstrengungen zum Bürokratieabbau unternähme. Man habe ein Landesgesetz zu erwarten, dass zum 01.01.08 die Versorgungsämter auflöse. Es liege schon eine Zuweisung von 11,5 Mitarbeitern vor. Der Verwaltungsvorstand habe zusammen mit den Städten Bochum und Dortmund eine Absichtserklärung verfasst, die beinhalte, eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung abzuschließen, die die insgesamt 80 Kolleginnen und Kollegen in Dortmund belasse. Die Aufgaben des Schwerbehindertenrechtes und des Elterngeldes sollten dann dort in Form eines Back-Offices bearbeitet werden. Zu überlegen sei noch, ob man an irgendeiner Stelle innerhalb der Verwaltung eine Kopfstelle für den Bürger bezüglich der Antragsstellung brauche. Es werde eine finanzielle Erstattung geben. Zur Zeit werde mit Kosten in Höhe von 90.000 € pro Jahr kalkuliert. In Kürze werde hierzu dem Rat eine Vorlage präsentiert, die dann die Verwaltung beauftrage, eine solche öffentlich-rechtliche Vereinbarung abzuschließen.

#### 3. Bericht aus dem Behindertenbeirat

Herr Denecke berichtet vom geplanten Bau des Schwimmbades Ischeland, dessen Fertigstellung Ende 2009 vorgesehen sei.

Frau Machatschek ergänzt, dass dieses Bad als eines der ersten Bäder in Hagen behindertengerecht ausgestattet sei.

#### 4. Bericht aus dem Seniorenbeirat

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt, weil Herr Insel erkrankt ist.



**5. Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände und andere  
Hier: Jahresberichte 2006 –  
Vorstellung Bericht der AWO über die Haftentlassenenhilfe**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Mintenig berichtet über die Haftentlassenenhilfe der Arbeiterwohlfahrt im Haus Eckesey.

Herr Halbeisen vermisst bei dem Bericht kritische Aspekte. Er würde gern wissen, was die betroffenen Menschen im Zeitalter von SGB II machten. Habe dies Erschwernisse gebracht? Hätten die Betroffenen eine Chance, in den Arbeitsmarkt zu kommen? Wie sähe es für die Betroffenen auf dem Wohnungsmarkt aus?

Herr Mintenig erklärt, dass es in einigen Fällen Absprachen mit der Arge gebe. Die Arbeit leide jedoch darunter, dass das Personal der Arge sich im Umgang mit sozialschwierigen Menschen schwer tue, weil es nicht darin geschult sei. Daher entstünden oft Konfliktsituationen. Das Kapitel mit den 1 Euro-Jobs sei auch schwierig. Diese Arbeitsangebote seien nicht geeignet für dieses Klientel. Auch das Einstellen jeglicher Bemühungen um Integration bei diesen Menschen seitens der Arge führe zu großer Frustration. Es handele sich teilweise um Menschen um die 40, die in die Grundsicherung abgeschoben würden. Auch auf dem Wohnungsmarkt sehe die Lage für dieses Klientel nicht rosig aus. Die Kautions sei ein Problem.

Frau Machatschek bedankt sich bei Herrn Halbeisen für die Frage, da das ein ganz wichtiges Thema sei. Diese Menschen fielen oft durchs Raster und man sei verpflichtet, ihnen zu helfen.

Herr Mervelskemper ergänzt die Ausführungen von Frau Machatschek dahingehend, dass durch den Bericht deutlich geworden sei, dass die Vermittlung von dieser Personengruppe bisher ziemlich vernachlässigt worden sei. Er halte es für außerordentlich wichtig, dass die Fallmanager in der ARGE besser mit den verschiedenen Gruppen wie z.B. der Haftentlassenenhilfe oder der Drogenberatung kooperierten und dass diese besser geschult würden. Ab 2008 gebe es mehr Möglichkeiten, gerade diese Problemgruppen leichter in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Herr Steuber nimmt Bezug auf die Ausführungen von Herrn Mintenig bezüglich des Personenkreises, der von SGB II in SGB XII wechselt. Er habe in den letzten drei Jahren viele Gutachten gelesen, in denen gerade bei Personen zwischen 25 und 35 amtsärztliche Gutachten bestätigten, dass diese für die nächsten sechs Monate nicht arbeitsfähig seien. Man gebe diese Menschen aber nicht auf. Es gebe die Möglichkeit, die Motivation des Betroffenen zu wecken, an einer Therapie teilzunehmen.

Herr Mintenig merkt an, dass er es für problematisch halte, den Betroffenen zu attestieren, dass sie für den Rest ihres Lebens arbeitstechnisch abgeschrieben



würden. Dies sei sicherlich keine Motivation für die Betroffenen, ihr Leben zu ändern. Wunschvorstellung dieser Menschen sei es in den meisten Fällen, Arbeit zu haben. Das für dieses Klientel geeignete Programm „Job-Perspektive“ sei in Hagen leider nicht geplant.

Herr Steuber kann die Ausführungen von Herrn Mintenig bezüglich der Perspektivlosigkeit von Betroffenen nachvollziehen, weist aber darauf hin, dass der Gesetzgeber diese Trennung zwischen SGB II und SGB XII und den damit verbundenen Zuständigkeitswechsel gewollt habe.

Herr Kilic fragt Herrn Mintenig nach dem Umgang mit Migranten nach der Haft. Würden diese nach der Haft abgeschoben?

Herr Mintenig antwortet, dass nur ein erstaunlich geringer Anteil von Migranten Hilfe suche, da diese in ihren Familien stärkeren Halt bekämen.

Herr Dr. Brauers berichtet aus der Beiratssitzung der ARGE, dass geplant sei, den Personenkreis mit dem angesprochenen Arbeitsmarktprogramm umfangreich zu fördern.

Frau Machatschek erkundigt sich nach dem Prozentsatz Männer/Frauen und möchte wissen, wie lang die durchschnittliche Verweildauer sei.

Herr Mintenig erklärt, dass das Verhältnis Männer/Frauen bei 90/10 liege und die Verweildauer in der Regel bei 6 Monate liege.

Frau Machatschek bedankt sich bei Herrn Mintenig für den Bericht und wünscht ihm für die Arbeit weiterhin alles Gute.

Herr Mintenig lädt die Anwesenden herzlich ein, sich die Einrichtung anzuschauen.

**6. Programm zur Sanierung der städtischen Gebäude  
hier: Maßnahmen in den Jahren 2008 bis 2011  
Vorlage: 0614/2007**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Machatschek beschreibt kurz den Inhalt der Vorlage, der in der heutigen Sitzung keiner weiteren Beratung bedürfe.

Herr Mervelskemper regt an, eine Erweiterung des Beschlussvorschlages in der Form vorzunehmen, dass der Sozialausschuss analog zu den anderen Gremien einen Unterarbeitskreis bildet.

Frau Machatschek greift diese Anregung auf und stellt den erweiterten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.



## Beschluss:

1. Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Die für das Jahr 2008 vorgesehenen Maßnahmen mit einem Volumen von 10.877.800 € sind bis zum 31.12.2008 umzusetzen.
3. Es ist sicherzustellen, dass das Gesamtvolumen der zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 55 Mio. € (15 Mio. € 2007; 40 Mio. € für den Zeitraum 2008 – 2011) zur Durchführung der erforderlichen Sanierungsmaßnahmen ausreicht. Hierzu wird eine Arbeitsgruppe aus Politik und Verwaltung gebildet, die entsprechende Vorschläge für die zuständigen politischen Gremien vorbereitet.

Die Arbeitsgruppe wird die prüfen, welche Gebäude über die bereits in der Anlage zu dieser Vorlage entsprechend gekennzeichneten Objekte hinaus aufgegeben werden können. Weiterhin wird die Arbeitsgruppe die für die Jahre 2009 ff vorgesehenen Maßnahmen daraufhin untersuchen, ob die jeweils angeführten Kosten reduziert werden können. Hierzu sollen sich die Maßnahmen nicht an einem Neubaustandard, sondern an einem Standard orientieren, der die langfristige Funktion des Gebäudes gewährleistet.

- 4. Der Sozialausschuss bildet den vom Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen „Unterarbeitskreis“ und beauftragt diesen, gemeinsam mit den Vertretern der Verwaltung nach Beschluss des Rates über die Verwaltungsvorlage in Gesprächen und ggf. Bereisungen eine Bewertung der Gebäude, die in der Zuständigkeit des Sozialausschusses liegen, zu erarbeiten. Der „Unterarbeitskreis“ soll auf Seiten der Politik aus je drei Vertretern/innen der SPD- und CDU-Fraktion und je einem Vertreter/in der FDP-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, der Fraktion Bürger für Hagen und der Fraktion Die Linke besetzt werden. Diese haben die Fraktionen, soweit noch nicht geschehen, innerhalb von 10 Tagen zu benennen.**
5. Bis Ostern 2008 ist dem Rat ein Zwischenbericht vorzulegen. Ein Abschlussbericht ist dem Rat im Sommer 2008 zur Beschlussfassung vorzulegen.

## Abstimmungsergebnis:

- |                                     |                               |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input type="checkbox"/>            | Einstimmig beschlossen        |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen      |
| <input type="checkbox"/>            | Einstimmig abgelehnt          |
| <input type="checkbox"/>            | Mit Mehrheit abgelehnt        |
| <input type="checkbox"/>            | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/>            | Ohne Beschlussfassung         |
| <input type="checkbox"/>            | Zur Kenntnis genommen         |
| <input type="checkbox"/>            |                               |



Dafür: 16  
Dagegen: 0  
Enthaltungen: 1

## 7. **Barrierefreiheit öffentlicher Toilettenanlagen** **Vorlage: 0895/2007**

### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Mervelskemper merkt an, dass der Berichterstattung in der Presse andere Inhalte zu entnehmen gewesen seien als aus der Vorlage. Er habe in der Zeitung gelesen, dass es drei verschiedene Projekte gebe, von denen eins verwirklicht werden sollte. Er regt an, wenn diese Toilette einer anderen Bebauung zum Opfer fallen sollte, die Toilette im Volkspark bereits im Jahre 2008 zu sanieren.

Frau Kurte möchte wissen, welche Auswirkungen der Beschlussvorschlag der Kenntnisnahme habe.

Dr. Schmidt weist darauf hin, dass es sich nur um einen Zwischenbericht handelt.

Frau Machatschek ist der Meinung, dass der Behindertenbeirat in dieser Angelegenheit sehr zurückhaltend sei. Sie unterstützt den Vorschlag von Herrn Mervelskemper.

Auf die Frage von Frau Dannert nach den in der Vorlage ausgewiesenen extrem hohen Kosten für die Toilettenanlage antwortet Frau Gleiss, dass die Kostenschätzung von GWH vorgenommen worden sei. Freistehende Toiletten mit elektrischen Türen seien generell sehr teuer. Sie werde sich aber wenn gewünscht noch im Detail informieren.

Herr Mervelskemper liest den erweiterten Beschlussvorschlag vor.

Frau Machatschek stellt ihn zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

1. Der Zwischenbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Sollte die Toilettenanlage auf dem Johanniskirchplatz einer anderweitigen Bebauung zum Opfer fallen, wird die Toilettenanlage im Volkspark bereits im Jahre 2008 renoviert bzw. durch einen Neubau ersetzt.

**Abstimmungsergebnis:**

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input checked="" type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 10  
Dagegen: 4  
Enthaltungen: 3

## 8. Seniorenwirtschaft - EU-Mittel Vorlage: 0829/2007

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Dr. Schmidt erläutert die Vorlage. Er plädiert dafür, analog zu dem gefassten Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses den unter Punkt 2 formulierten Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass nicht nur der Sozialausschuss das Projekt begleitet, sondern alle betroffenen Gremien und Bezirksvertretungen. Weiterhin würden sich bei dem geänderten Beschlussvorschlag die Träger verpflichten, keine Folgeprojekte anzuzetteln, die für die Stadt Hagen irgendeine Verpflichtung nach sich zöge.

Herr Halbeisen kann nicht nachvollziehen, warum die Schulungen für Handwerker, besser auf die Bedürfnisse von Senioren eingehen zu können, von der EU gezahlt würden und nicht von den Arbeitgebern. Wo liege der Sinn eines Seniorenserviceladens, der in Wehringshausen eröffnet werden solle. Das halte er für eine Form von Ausgrenzung.

Herr Dr. Schmidt entgegnet, dass das keine Frage der Ausgrenzung, sondern im Sinne einer Ergänzung zu verstehen sei. Zur ersten Frage sei erklärt er, dass die Kreishandwerkerschaft die Kalkulation dazu vorgelegt habe. Sie steuere die Hälfte der Kosten bei. Es handle sich nur um eine Anschubfinanzierung.

Frau Kurte hat eine Frage zu der in der Kurzfassung angesprochene transnationale Projekt- und Finanzmanagement des Projektes, das die WFG Hagen GmbH übernehme. Sei das vorgeschrieben? Mache die WFG das dann für alle Städte?

Herr Dr. Schmidt erklärt, es handele sich um die Verwaltung und Haftung gegenüber der EU für einen Betrag in Höhe von 9,2 Millionen Euro.





Frau Kurte berichtet, dass man sich als CDU-Fraktion darüber einig sei, dass den im Beschlussvorschlag angeführten Punkt 3, in dem es darum gehe, die Bezirksvertretungen darum zu bitten, Mittel zur Verfügung zu stellen, nicht mittragen wolle. Die Punkte 5, 6 und 7 des Beschlusses des Haupt- und Finanzausschusses wolle man mitbeschließen.

Frau Machatschek spricht die Beratungsfolge der Vorlage an, bei der der Rat der Stadt Hagen vor dem Seniorenbeirat über diese Vorlage berate. Sie regt an, die Beratungsfolge dahingehend zu verändern, dass der Rat die Beratung der Vorlage vom 08.11.07 auf den 13.12.07 verschiebt.

Frau Krause liest den geänderten Beschlussvorschlag vor.

Frau Machatschek lässt über diesen Beschlussvorschlag abstimmen.

## **Beschluss:**

1. Die Stadt Hagen beteiligt sich in koordinierender Funktion am Projekt „CIB – City in Balance“.
2. Die politische Begleitung des Projektes erfolgt in den zuständigen Ausschüssen bzw. Bezirksvertretungen.
3. Die verbleibenden städtischen Eigenmittel von insgesamt 17.000 € sind in den entsprechenden Haushaltsjahren bereitzustellen, wobei eine Gegenfinanzierung zwingend erforderlich ist.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderrichtlinie für das Programm „CIB – City in Balance“ der Europäischen Union vorzustellen und eine schriftliche Information dazu vorzulegen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, den Förderantrag bis zur Sitzung des Rates dahingehend umzugestalten, dass nur noch solche Maßnahmevorschläge darin enthalten sind, die bis zum Ende des Förderzeitraums abgeschlossen sein werden. Projekte, deren kostenträchtige Realisierung erst nach dem Förderzeitraum beginnen und dann von der Stadt zu tragen wären, werden aus dem Antrag entfernt, wenn nicht geklärt ist, dass ein Träger zu 100 Prozent in die entstehende Verpflichtung eintritt.
6. Projekte, die den Teilnehmern neue Maßnahmen nach Ablauf des Förderzeitraumes in Aussicht stellen, sind ebenfalls aus dem Konzept zu entfernen, wenn nicht geklärt ist, dass ein Träger zu 100 Prozent in die entstehende Verpflichtung eintritt.

Umsetzung zum 01.03.2008

## **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen



9. **Erfahrungsbericht zur bedarfsgerechten Bereitstellung flankierender sozialer Dienstleistungen im Rahmen des SGB II durch die kommunale Drogenhilfe**  
Vorlage: 0972/2007

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Böringer erläutert die Hintergründe der Vorlage.

Herr Mervelskemper möchte wissen, ob es helfen würde, wenn in Hagen der Qualitätsstandard angewandt würde, was die Zusammenarbeit angehe, wie er in Gevelsberg sei.

Herr Böringer erklärt, dass in Hagen angestrebt werde, diesen zu erreichen.

Frau Kurte freut sich zu hören, dass die Beratungsstelle mit anderen Fachstellen und mit der ARGE zusammenarbeite. Könne dieser Kontakt durch den Sozialausschuss unterstützt werden?

Herr Mervelskemper fragt, ob er denn nicht gerade in dem Vortrag gehört habe, dass bemängelt würde, dass die Fallmanager in der ARGE nicht genügend sensibilisiert seien für diese Personengruppen.

Frau Machatschek greift das auf und erklärt, dass der Sozialausschuss diese Forderung beschließen könne.

Frau Buchholz macht deutlich, dass die ARGE offen sei für Anregungen. Sie formuliert den Beschlussvorschlag.

Damit ist Frau Machatschek einverstanden und stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Beschluss:**

1. Der vorliegende Erfahrungsbericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Sozialausschuss begrüßt die Zusammenarbeit der ARGE mit der Drogenberatung und der Haftentlassenenhilfe und regt an, über die Schulungen der Mitarbeiter der ARGE strukturelle Vereinbarungen abzuschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen



**10. Finanzielle Förderung der Schwangerschaftsberatungs- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen in Hagen**  
**Vorlage: 0462/2007**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung genommen.

**11. Anfrage der CDU-Fraktion gem. § 10 Abs. 1 der GeschO des Rates**  
**Hier: Immobilie Voerder Str. 33**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Kurte erläutert die Anfrage und bedankt sich für deren Beantwortung. Sie möchte wissen, ob es den Tatsachen entspreche, dass die Planung des Familienzentrums vom Tisch sei.

Herr Steuber kann das bestätigen. Es sei zur Zeit kein Bedarf dafür vorhanden. Er erklärt, dass er einige Formulierungen in der Begründung der Anfrage nicht verstehe, da die Verwaltung verpflichtet sei, sich über eine mögliche Anschlussnutzung des Gebäudes Gedanken zu machen. Er möchte sich zur Wehr setzen, was die darin enthaltene Kritik angehe. Nach wie vor stehe im Raum, sich über die Nutzung des Gebäudes Gedanken zu machen. Man werde die Mietzinsverpflichtung nicht los, da man diese bis 2019 eingegangen sei.

Herr Dr. Schmidt schlägt vor, einen Appell an den Aufsichtsrat der HGW zu richten, in dem die HGW aufgefordert wird, den Mietvertrag mit der Stadt Hagen umgehend aufzulösen.

Herr Stüwe ergänzt, dass in dieser Sache Fördermittel steckten, die die Stadt noch bis 2019 binde. Ursprünglich vorgesehen und gefördert gewesen sei ein Zweistufenmodell, dass die Räumlichkeiten des Gebäudes zunächst als Übergangsheim und dann als Sozialwohnungen genutzt würden. Die zweite Stufe könne nicht verwirklicht werden, weil die HGW sich im Moment nicht in der Lage sehe, das Gebäude für den Zweck von Sozialwohnungen zurückzunehmen. Um das Problem der Rückzahlung von Zuschüssen zu lösen, brauche man entweder eine soziale Anschlussnutzung oder eine Nutzung in Form von Sozialwohnungen.

Frau Grebe ist der Meinung, dass selbst die dringendste Bitte des Sozialausschusses bei der HGW wenig beachtet werden könne, weil diese zur Finanzierung der Maßnahme entsprechende Mittel aufgenommen habe. Man müsse sich darauf verlassen können, dass Verträge eingehalten würden. Die Kollegen aus dem Fachbereich hätten einen guten Vorschlag dahingehend gemacht, dass man bestimmte Nutzungen aus Boele/Kabel nach Haspe verlagere. Dort habe man etwas abmieten können, wo man kurzfristige Kündigungsmöglichkeiten habe. Dies sei aber nicht auf Gegenliebe in der Politik gestoßen. Daher sei-



en ihr leider die Hände gebunden, eine wirtschaftlich vernünftige Lösung umzusetzen.

Frau Kurte möchte den Vorschlag von Herrn Dr. Schmidt aufgreifen und diesen dahingehend zu erweitern, dass eine Anfrage an das Land gerichtet wird, ob man auf eine Rückzahlung der Fördermittel verzichten würde.

Frau Machatschek unterstützt diesen Vorschlag.

Herr Halbeisen hat eine Frage im Zusammenhang mit der Zweiphasenförderung. In der zweiten Phase sollten Balkone an die Wohnungen gebaut werden. Er hat die Befürchtung, dass ein solcher Appell eventuell schädlich sein könnte für die in diesem Programm in Aussicht gestellte Nachförderung. Das müsse von der HGW geklärt werden.

Herr Kilic möchte wissen, wie im Falle eines einbrechenden Flüchtlingsstromes die räumliche Versorgung gesichert werden könne.

Herr Stüwe erklärt, dass es keine Probleme bei der Unterbringung von Aussiedlern und Asylbewerbern gebe. Man könne ohne weiteres auf den Standort Voerder Straße verzichten.

Frau Machatschek lässt über den vorgeschlagenen Beschlussvorschlag abstimmen.

## **Beschluss:**

1. Der Sozialausschuss appelliert über die Mitglieder des Aufsichtsrates an die HGW, den Mietvertrag mit der Stadt Hagen bezüglich der Immobilie Voerder Straße 33 umgehend aufzulösen.
2. Die Stadt Hagen richtet eine Anfrage an den Zuschussgeber Land, ob auch auf eine Rückzahlung der gewährten Fördermittel verzichtet werden kann, wenn eine soziale Anschlussnutzung des Gebäudes nicht mehr gegeben ist.

## **Abstimmungsergebnis:**

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input checked="" type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	



Dafür: 14  
Dagegen: 0  
Enthaltungen: 3

## 12. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung

Herr Halbeisen hat eine Anfrage zum Standort Tuchmacherstr. 2. Wie konkret sei der Druck der Investoren? Inwieweit sie die Stadt bereit, diesem Druck nachzugeben? Stehe ein Ausweichstandort zur Verfügung?

Herr Dr. Schmidt bestätigt, dass eine Bitte an den Oberbürgermeister und die Sozialverwaltung ergangen sei, den Standort Tuchmacherstraße zu überprüfen. Man habe eine kleine Arbeitsgruppe gebildet und mittlerweile 11 alternative Standorte überprüft. Die Ergebnisse dieser Untersuchung würden gerade für den Verwaltungsvorstand aufbereitet. Dann müsse dieser Vorschlag in den politischen Gremien beschlossen werden. Es seien verschiedene Meinungen zu diesem Thema zulässig.

Ende des öffentlichen Teiles: 17.50 Uhr

Gez. \_\_\_\_\_  
Dorothee Machatschek  
Vorsitzende

Gez. \_\_\_\_\_  
Sabine Krause  
Schriftführerin